## Frauen in Politik noch untervertreten

(sda) Seit Einführung des Frauenstimmrechts auf Bundesebene vor 25 Jahren ist der Frauenanteil in den Parlamenten und Regierungen von Bund, Kantonen und Gemeinden zwar kontinuierlich angestiegen. Dennoch sind die Frauen nach wie vor nicht entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil vertreten. Im 200köpfigen Nationalrat stieg die Zahl der gewählten Frauen von 1971 bis 1995 von 10 auf 43; dies entspricht einer Steigerung des Frauenanteils von 5,0 auf 21,5 Prozent. Der 46 Mitglieder umfassende Ständerat blieb noch stärker eine Männerdomäne: Der Frauenanteil stieg dort somit seit 1975 von 0,0 auf 17,4 Prozent.

### Im unteren Mittelfeld

Mit 20,3 Prozent Frauenanteil im Eidg. Parlament liegt die Schweiz im europäischen Vergleich im unteren Mittelfeld – weit hinter Schweden und Norwegen mit rund 40 Prozent und hinter Österreich und Deutschland mit 25,7 und 26,3 Prozent Frauenanteil in den Parlamenten.
Die Frauen stellen 54 Prozent der rund 4,5 Millionen schweizerischen Wahlberechtigten. Ihre Wahlbeteiligung liegt aber tiefer als jene der Männer: Laut Untersuchungen des GFS-Forschungsinstituts sank bei den Eidg. Wahlen 1995 die Wahlbeteiligung der Männer gegenüber 1991 um 3 auf 49 Prozent, jene der Frauen indes um vier auf 38 Prozent.
Auch sind die Wahlchancen der Frauen geringer. Von den 990 Nationalrats-Kandidatinnen in den 21 Proporzkantonen wurden 4,3 Prozent gewählt, von den 1844 Kandidaten dagegen 8,5 Prozent.

### Kantonale Differenzen

Etwas stärker als auf Bundesebene sind die Frauen auf Kantonsebene vertreten: In den Kantonsparlamenten liegt der Frauenanteil im Durchschnitt bei rund 22 Prozent. Einen Frauenanteil von über 30 Prozent weisen die Kantonslegislativen von Genf (36 %), Solothurn (34,7 %), Aargau (31,5 %) und Luzern (30 %) auf. In den Kantonen Zürich, Bern, Zug, Neuenburg und in beiden Basel liegt er zwischen 25 und 29,2 Prozent. Glarus mit 7,5 Prozent ist das Schlusslicht.

### Stadt Bern an der Spitze

Auf Gemeindeebene liegt die Stadt Bern an der Spitze: 1992 wurden 42,5 Prozent Frauen ins Stadtparlament gewählt. In Zürich waren es 37,6 Prozent, in Genf 37,6 %, in Lausanne 36 %, in Winterthur 35 % und in Luzern 30 %. Eher bescheiden ist die Frauenvertretung in den Exekutiven. Auf Bundesebene schafften nur *Elisabeth Kopp* (1984–89) und *Ruth Dreifuss* (seit 1993) den Sprung in den Bundesrat. Auf Kantonsebene tragen gesamtschweizerisch derzeit in 15 Kantonen 19 Frauen kantonale Regierungsverantwortung. Ihnen stehen total 147 männliche Mandatsträger gegenüber. Auf Gemeindeebene bleibt Bern mit vier Frauen und drei Männern in der Stadtregierung die einzige Gemeindeexekutive mit Frauenmehrheit.




**Die Botschaft der Frauenstimmrechtsgegner vor 25 Jahren war einfach und deutlich. (Bild: key)**

# Vor 25 Jahren erhielten Frauen das Stimmrecht

## Trotz Frauenerfolgen: Politik bleibt in Männerhand

**(sda) Auch 25 Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts auf Bundesebene wird die Politik in der Schweiz vorwiegend von Männern bestimmt. Der Einfluss der Frauen in den politischen Entscheidungsgremien wächst nur langsam – zu langsam, meinen Frauenvertreterinnen.**

Stéphane Cuennet, sda

Am 7. Februar 1971 sagten 65,7 Prozent der Schweizer Wähler an der Urne ja zum Frauenstimm- und Wahlrecht auf Bundesebene. 25 Jahre später sind 20,3 Prozent der Mitglieder des eidgenössischen Parlaments Frauen, und im Bundesrat sitzt nur eine Frau neben sechs Männern (14,3 Prozent).

### Erfolge und Rückschläge

«Diese Entwicklung ist zwar erfreulich, läuft aber zu langsam», meint *Patricia Schulz*, Leiterin des Eidg. Gleichstellungsbüros. Darüberhinaus sei das Wachstum nicht gesichert, drohten immer noch Rückschläge. Das Gleichstellungsbüro versucht mit verschiedenen Massnahmen, die Frauen zu vestärktem Engagement im politischen Leben zu ermuntern. Unter anderem veröffentlichte es das Handbuch «Frauen auf dem öffentlichen Parkett».
Für ein Land wie die Schweiz, in dem die politischen Mühlen langsam mahlen, habe sich die politische Frauen-Gleichberechtigung nach 1971 eigentlich erstaunlich rasch entwickelt, erklärt die Politologin *Thanh-Huyen Ballmer-Cao* von der Universität Zürich. Gleichwohl sei die Frauenvertretung in den politischen Gremien nicht nur ungenügend, sondern auch ungleich verteilt: Allgemein hätten die Frauen in fortschrittlichen Parteien grösseren Einfluss als in den bürgerlichen. Und in grossen Kantonen haben Frauen grössere Wahlchancen als in kleinen. Zwar schwinden die reinen «Männerdomänen» langsam. Nur drei Voll- und drei Halbkantone der Ost- und Innerschweiz haben bisher noch nie eine Frau in den Nationalrat gewählt. Andrerseits beunruhigt es Ballmer-Cao, dass Westschweizer Kantone, die einst punkto Frauenstimmrecht eine Vorreiterrolle spielten, nun keine Frauen mehr in die Grosse Kammer entsenden. So würden Fortschritte auf dem einen Gebiet immer wieder von Rückschlägen in anderen Bereichen in Frage gestellt. Gleichberechtigung brauche dauernden Einsatz, um Rückschritte zu vermeiden.

### Frauenförderung wie?

Sind Frauenquoten für politische Gremien – wie sie etwa die Initiative vom Verein «Frauen in den Bundesrat» fordert – das geeignete Mittel, den Einfluss der Frauen in der Politik zu vergrössern? Bisher hatten sie in der Schweizer Politik wenig Chancen: in den Städten Luzern und Bern wurden 1995 entsprechende Initiativen abgelehnt. Für Patricia Schulz sind Quotenregelungen dann wirkungsvoll, wenn sie dem Wahl- und Nominationsverfahren entsprechen. Frauenquoten auf Wahllisten von Parteien könnten beispielsweise nur zum Erfolg führen, wenn die Frauen auch die obersten Listenplätze erhalten. Frauen würden bei Wahlen häufiger von Listen gestrichen als Männer. Bei Wahlen werden weniger Frauen als Männer aufgestellt – bei den Eidgenössischen Wahlen im Herbst 1995 waren nur rund ein Drittel der Kandidierenden Frauen. Viele Parteien suchten erst kurz vor den Wahlen nach valablen Kandidatinnen, kritisiert Patricia Schulz. Vielfach hätten Frauen mit ihrer Haushalt-Belastung für die Politik weniger Zeit als Männer. Auch politisierten und kämpften Frauen vielfach anders als Männer. Parteien, die dem nicht Rechnung trügen, hätten keinen Erfolg mit Frauen.
Die Frauen, die 54 Prozent der Wahlberechtigten in der Schweiz stellen, geben an der Urne offensichtlich nicht ihren Geschlechtsgenossinnen den Vorzug. Nach wie vor erachteten eben noch viele Frauen die Politik als Männerangelegenheit. Wenn die politische Gleichberechtigung wirklich realisiert werden soll, müssen die politischen Spielregeln geändert werden. Dafür zu kämpfen sei nicht nur eine Frauenaufgabe, sondern auch Männersache, meint Patricia Schulz.




**Politisch aktive Frauen, die sagen was sie denken und ihren Forderungen mit ihrer Stimme wirksam Ausdruck verleihen könnten, wurden im Wahlkampf als Schreckgespenster karikiert. (Bild: key)**

# Der beschwerliche Weg zum Frauenstimmrecht

## Ein langer Weg in Etappen – Schweiz als Schlusslicht in Europa

**(sda) Die Schweiz führte als vorletztes europäisches Land (vor Liechtenstein) 1971 das Frauenstimm- und Wahlrecht ein. Der Abstimmungserfolg vor 25 Jahren bedeutete den entscheidenden Sieg in einem jahrzehntelangen Kampf um die politische Gleichberechtigung in der Schweiz.**

Seit etwa 1860 forderten einzelne Personen und Frauenvereine in Europa und Amerika die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen – als Folge der Demokratisierung und der Veränderung der Arbeitswelt. Die beiden Weltkriege, in denen Frauen in grossem Umfang die Plätze von Männern einnahmen sowie die politischen Nachkriegs-Neuordnungen verhalfen dem Frauenstimmrecht weltweit zum Durchbruch. Hier einige Daten aus der Geschichte des Frauenstimmrechts:

● 1869 führen der US-Bundesstaat Wyoming, 1893 die britische Kolonie Neuseeland das Frauenstimmrecht ein; in Europa sind Finnland (1906, damals russisch) und Norwegen (1913) die Pionierländer.

● 1896 wird in Zürich die «Union für Frauenbestrebungen» (später Frauenstimmrechtsverein Zürich) gegründet.

● 1909 wird der Schweizerische Verband für Frauenstimmrecht gegründet.

● 1917–20 führen Russland, Grossbritannien, Deutschland, mehrere nord- und mitteleuropäische Länder sowie die USA das Frauenstimmrecht ein.

● 1918 werden im eidgenössischen Parlament zwei Motionen auf Einführung des Frauenstimmrechts abgelehnt.

● 1918–1921 verweigern die Stimmbürger in sechs kantonalen Abstimmungen (NE, BS, ZH, GE, SG, GL) der weiblichen Bevölkerung die politische Mitwirkung – mit jeweils 65 bis 80 Prozent Nein-Stimmen.

● 1919 und 1929 werden Petitionen zum Frauenstimmrecht eingereicht, bleiben aber folgenlos.

● 1944 wird in Frankreich das Frauenstimmrecht eingeführt, 1946 in Italien.

● Ende 1945 nimmt der Nationalrat ein Postulat des Sozialdemokraten Hans Oprecht zur Einführung des Frauenstimmrechts entgegen.

● 1957 beantragt der Bundesrat die Einführung des Frauenstimmrechts, das Parlament stimmt 1958 zu.

● Am 1. Februar 1959 wird die Frauenstimmrechts-Vorlage jedoch in der Eidg. Abstimmung mit 69 Prozent Nein-Stimmen verworfen.

● 1959/60 führen als erste Kantone die Waadt, Neuenburg und Genf das Frauenstimmrecht auf Kantonsebene ein. Bis 1983 vollziehen alle Kantone ausser beiden Appenzell diesen Schritt.

● Am 7. Februar 1971 wird eine neue Frauenstimmrechts-Vorlage in der Eidg. Volksabstimmung mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 65,7 Prozent angenommen. 17 der damals 25 Kantone sagen ja.

● Bei den ersten eidgenössischen Wahlen mit Frauenbeteiligung vom Oktober 1971 werden 10 Frauen in den Nationalrat und eine in den Ständerat gewählt.

● Am 1. Juli 1984 führt das Fürstentum Liechtenstein das Frauenstimmrecht ein.

● 1989 sagen die Ausserrhoder ja zum Frauenstimmrecht.

● 1990 wird in Innerrhoden das Frauenstimmrecht via Bundesgerichtsentscheid eingeführt.

Die Schweiz und Liechtenstein führten als letzte europäische Länder das Frauenstimmrecht ein (Ausnahme: Vatikan). Konservativismus und das politische System der direkten Demokratie werden allgemein als Hauptgründe für den späten Nachzug der Schweiz genannt. In einem parlamentarisch-demokratischen System wäre das Frauenstimmrecht 1958 mit dem positiven Entscheid des Parlaments eingeführt worden. *Susanna Woodtli* weist in ihrem Buch «Gleichberechtigung» zudem darauf hin, dass in den fünfziger Jahren, als das Frauenstimmrecht erstmals auf Bundesebene spruchreif wurde, im Westen eine eigentliche «Gegenemanzipation» stattfand: Nach den Kriegswirren sehnte sich die Gesellschaft nach heiler Welt, nach intakter Familie mit traditioneller Geschlechter-Rollenverteilung.
Es brauchte die gesellschaftliche Aufbruchstimmung der sechziger und siebziger Jahre, um dem Anliegen der Gleichberechtigung in der Schweiz zum Durchbruch zu verhelfen.



**Sie sollten nach dem Willen vieler Männer «unsere Welt – unser Heim» sein lassen. Vergeblich. Fast zwei Drittel der Männer stimmten für das Frauenstimmrecht. (Bild: key)**